

Landtag

19. Wahlperiode

3. Sitzung vom 27. Jänner 2011

Sitzungsbericht

(Beginn um 9.02 Uhr.)

Vorsitzende: Erster Präsident Prof Harry Kopietz, Zweiter Präsident Johann Herzog und Dritte Präsidentin Marianne Klicka.

Schriftführerinnen bzw Schriftführer: Abg Mag Barbara Feldmann, Abg Peter Florianschütz, Abg Ing Udo Guggenbichler, Abg Eva-Maria Hatzl, Abg Waltraud Karner-Kremser, MAS, Abg Ernst Nevriy, Abg Christoph Peschek, Abg Dr Monika Vana.

Präsident Prof Harry Kopietz eröffnet die Sitzung.

1. Entschuldigt sind StRin Veronika Matiasek, Abg Uta Meyer, Abg Mag Alexander Neuhuber und Abg Dr Elisabeth Vitouch.

2. In der Fragestunde werden von Präsident Prof Harry Kopietz folgende Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (FSP - 00341-2011/0001 - KFP/LM) Abg Mag Johann Gudenus, MAIS an den Landeshauptmann:

Auf Bundesebene soll noch vor dem Sommer eine Einigung auf eine missbrauchssichere Briefwahl und deren Umsetzung erfolgen. Im Wesentlichen geht es um die Streichung der umstrittenen Nachfrist. Nach der Kritik an der Handhabe der Briefwahl werden die Länder bei Reformen aktiv. Kärnten hat die Nachfrist bei der Briefwahl bereits abgeschafft, Niederösterreich steht kurz davor, in Salzburg liegt ein Entwurf vor. Wann wird es in Wien zu der notwendigen Reform der Briefwahl kommen?

2. Anfrage (FSP - 00344-2011/0001 - KVP/LM) Abg Sebastian Kurz an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport:

Nun setzt sich auch Frauenministerin Heinisch-Hosek für die Verankerung eines Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr ein. Werden Sie sich vor diesem Hintergrund auch für die Festschreibung eines solchen Rechtsanspruches auf Wiener Landesebene einsetzen?

3. Anfrage (FSP - 00342-2011/0001 - KFP/LM) Abg Anton Mahdalik an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt:

Wie hat sich die Tempo 50-Verordnung im Rahmen des IG-L (Immissionsschutzgesetz-Luft) zur Geschwindigkeitsreduktion auf wichtigen Wiener Einfallstraßen in den letzten Jahren auf die Feinstaubbelastung in Wien ausgewirkt?

4. Anfrage (FSP - 00343-2011/0001 - KVP/LM) Abg Norbert WALTER, MAS an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung:

In den vergangenen Monaten kam es bei der Auszahlung von zugesagten Förderungen im Wohnbaubereich, zB bei Förderungen für die thermische Sanierung von Wohnbauten

(Thewosan), zu Verzögerungen. Wie kann gewährleistet werden, dass die Förderwerber, die eine Förderzusage vom Wohnfonds erhalten haben, möglichst rasch ihre Fördergelder für die hohen Investitionskosten erhalten?

5. Anfrage (FSP - 04608-2010/0001 - KVP/LM) Abg Dr Wolfgang Ulm an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal:

Werden Sie sich - nachdem der sechsmonatige Feldversuch zur Eindämmung der Straßenprostitution gescheitert ist - für die rasche Ausarbeitung eines Wiener Bordellgesetzes einsetzen, welches ein Genehmigungsverfahren für Bordelle samt strenger Kontrolle von Auflagen vorsieht, mit dem Ziel, rechtsfreie Räume zu beseitigen und die Prostitution von der Straße wegzubringen?

3. (AST - 00347-2010/0002-KVP/AL) In der Aktuellen Stunde findet auf Antrag der des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien eine Aussprache über das Thema "Für ein faires und modernes Wiener Wahlrecht" statt.

(Redner: Abg Dr Matthias Tschirf, Abg David Ellensohn, Abg Mag Johann Gudenus, MAIS, Abg Dipl-Ing Rudi Schicker, Abg Dr Wolfgang Ulm, Abg Dipl-Ing Martin Margulies, Abg Mag Dietbert Kowarik und Abg Dr Kurt Stürzenbecher.)

4. An schriftlichen Anfragen wurden eingebracht: Von Abgeordneten des Klubs der Wiener Freiheitlichen I und des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien I:

(PGL - 00444-2011/0001 - KFP/LF) Anfrage von Abg Mag Gerald Ebinger an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales betreffend Abfrage der Vermögenswerte bei Bezug der Sozialhilfe bzw nunmehr der Bedarfsorientierten Mindestsicherung.

(PGL - 00445-2011/0001 - KVP/LF) Anfrage von Abg Dr Matthias Tschirf, Abg Dr Wolfgang Ulm und Abg Ingrid Korosec an den Landeshauptmann betreffend Zuständigkeit der Volksanwaltschaft.

An schriftlichen Anträgen wurden eingebracht: Von Abgeordneten des Klubs der Wiener Freiheitlichen I:

(PGL - 00446-2011/0001 - KFP/LAT) Der Antrag von Abg Johann Herzog und Abg Mag Wolfgang Jung betreffend Gleichstellung der kurdischen Minderheit wird der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke zugewiesen.

(PGL - 00378-2011/0001 - KFP/MDLAT) Abg Mag Johann Gudenus, MAIS und Abg Dominik Nepp haben einen Antrag betreffend Reform des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes 1990 eingebracht und gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien die dringliche Behandlung verlangt.

Gemäß § 30 b der Geschäftsordnung des Landtages für Wien wurde folgende Gesetzesvorlage eingebracht:

(LG - 04754-2010/0001/LAT) Abg Kurt Wagner, Abg Gabriele Mörk, Abg Anica Matzka-Dojder, Abg David Ellensohn und Abg Dr Sigrid Pilz haben am 16. Dezember 2010 gemäß § 30 b der Geschäftsordnung des Landtages für Wien eine Gesetzesvorlage betreffend das Gesetz, mit dem das Wiener Pflegegeldgesetz - WPGG, LGBl für Wien Nr 42/1993, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl für Wien

Nr 56/2010 und das Gesetz zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung für Wien (Wiener Mindestsicherungsgesetz - WMG), LGBl für Wien Nr 38/2010 geändert werden, eingebracht, welche dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zugewiesen wurde.

Berichterstatter: Amtsf StR Christian *Oxonitsch*

5. (LG – 02016-2010/0001; P 1) Die in der Beilage Nr 27 enthaltene Vorlage zur Änderung des Gesetzes betreffend die Unterweisung in Wintersportarten wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

(Redner: Abg Sebastian Kurz und Abg Mag Thomas Reindl.)

Berichterstatterin: Amtsf StRin Mag Sonja *Wehsely*

6. (LG – 04754-2010/0001/LAT; P 2) Die in der Beilage Nr 2 enthaltene Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Pflegegeldgesetz – WPGG und das Gesetz zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung in Wien (Wiener Mindestsicherungsgesetz – WMG) geändert werden, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

(Redner: Abg Mag Gerald Ebinger und Abg Wolfgang Seidl.)

Berichterstatterin: Amtsf StRin Sandra *Frauenberger*

7. (LG – 00111-2011/0001; P 3) Die in der Beilage Nr 1 enthaltene Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Dienstordnung 1994 (29. Novelle zur Dienstordnung 1994), die Besoldungsordnung 1994 (37. Novelle zur Besoldungsordnung

1994), die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (33. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995), die Pensionsordnung 1995 (22. Novelle zur Pensionsordnung 1995), das Unfallfürsorgegesetz 1967 (18. Novelle zum Unfallfürsorgegesetz 1967) und das Wiener Verwaltungssenat-Dienstrechtsgesetz 1995 (12. Novelle zum Wiener Verwaltungssenat-Dienstrechtsgesetz 1995) geändert werden, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

8. (PGL - 00378-2011/0001 - KFP/MDLAT) Der Dringliche Antrag von Abg Mag Johann Gudenus, MAIS und Abg Dominik Nepp betreffend Reform des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes 1990 wird von Schriftführer Abg Ing Udo Guggenbichler verlesen und von Abg Mag Johann Gudenus, MAIS mündlich begründet. Anschließend wird eine Debatte abgeführt und der Antrag wird dem Landeshauptmann zur weiteren Behandlung zugewiesen.

(Rednerinnen bzw Redner: Abg Mag Johann Gudenus, MAIS, Abg Dr Wolfgang Aigner, Abg Birgit Hebein, Abg Mag Sybille Straubinger, Abg Dominik Nepp, Abg Mag Jürgen Wutzlhofer, Abg Mag Dr Alfred Wansch, Abg Dr Claudia Laschan und Amtsf StR Christian Oxonitsch.)

(Schluss um 13.19 Uhr.)